

Einleitung

Das vorliegende Buch widmet sich aktuellen Formen der Aneignung und Transformation gesellschaftlicher und politischer Räume. Sie finden Niederschlag in Diskursen, die – im Kontext des postfordistischen Umbaus der Produktionsweise – durch neoliberale Strategien und Taktiken bestimmt sind.

Stuart Hall nennt den Neoliberalismus »zweifellos ein hegemoniales Projekt«, sowohl im Hinblick »auf seine Ziele, seine Tiefe und den Grad seines Bruchs mit der Vergangenheit« als auch im Hinblick auf »die Vielfalt der kolonisierten Orte, seine Wirkung auf den Alltagsverstand und die Verschiebungen in der Gesellschaftsarchitektur«. ¹ Die Maximen von Leistung, Wettbewerb und »mehr Markt«, vom schlanken und aktivierenden Staat durchdringen sämtliche gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und verändern deren Handlungsweisen.

Seine andere Seite aber bilden – ganz entgegen der Vorstellung vom liberalen »Nachtwächterstaat« – autoritär-etatistische Herrschaftstechniken, die die gesellschaftlich brisanten Effekte neoliberaler Handlungsweisen präventiv auffangen sollen. Auf europäischer Ebene hat sich im Zuge der Banken- und Euro-Krise ein Notstandsregime (»Finanzdiktatur«) etabliert, das von der nationalstaatlichen Ebene aus nicht mehr durch den Souverän und seine Repräsentanten in den Parlamenten kontrollierbar erscheint. Im Binnentraum des Nationalstaates hat die neoliberale Regierungsweise ein, so Loïc Wacquant, »janusköpfiges, »hybrides« Staatsgebilde geformt: einerseits stimmt sie, und das vor allem gegenüber den Herrschenden und den sog. Leistungsträgern, das »Loblied des »Laissez-faire und alles ist erlaubt« an; andererseits tritt sie den »subaltern gehaltenen Mitgliedern der Gesellschaft in paternalistischer und aufdringlicher Weise« kontrollierend gegenüber, »deren Lebensspielräume er durch ein dichtes Netz aus überwachender Arbeitspolitik (workfare) und justizförmiger Beaufsichtigung einschränkt«. ²

An diese autoritär-etatistische Seite des Neoliberalismus knüpfen rechtspopulistische und neo-nationalsozialistische Bewegungen an. Teils bejahen sie den restriktiven Umbau der sozialstaatlichen Apparate, teils befürworten sie, unter Berufung auf Volkstum und Rasse, deren »Sanierung« auf Kosten der Migrant_innen, bis hin zu deren »Rückführung«, wie dies die NPD verlangt. Weitere Zuwanderung wird abgelehnt oder soll unter Nützlichkeitsgesichtspunkten selektiv zugelassen werden.

1 Stuart Hall: Eine permanente neoliberale Revolution? In: Das Argument 294/2011, 651-671, bes. 671.

2 Loïc Wacquant: Der neoliberale Leviathan. Eine historische Anthropologie des gegenwärtigen Gesellschaftsregimes, in: Prokla 169/2012, 677-698, bes. 690f.

Sie agitieren gegen transnationale Staatsapparate, fordern die Renationalisierung des Währungssystems, im Extremfall auch den Austritt aus der EU. Sie kritisieren die undemokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, um dann paradoxerweise die Alternative in einer Überbietung des autoritären Etatismus zu sehen, weil er noch zu sehr an liberale bzw. pluralistische Strukturen gebunden sei. Das Einfordern »demokratischerer« Verhältnisse, etwa durch den Einbau direktdemokratischer Elemente in die Verfassung, verkehrt sich so unter der Hand in ein Plädoyer für die Etablierung eines autoritären Staates, etwa in Form eines plebisziären Präsidialregimes.

Das vorliegende Buch thematisiert die Dialektik von freiem Markt und starken Staat, von Marktradikalismus und autoritär-etatistischen Herrschaftsmethoden und problematisiert die Verschränkung des neoliberalen Hegemonieprojekts mit den gegenhegemonialen Bestrebungen des Rechtspopulismus und der extremen Rechten. Die weitaus meisten Beiträge zu diesem Buch gehen auf Vorträge zurück, die auf dem letztjährigen Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (16.-18. Nov. 2012) in Würzburg gehalten wurden. Das Colloquium stand unter dem Thema »Umkämpfte Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion«.

Die Wahl des Terminus »Umkämpfte Räume«³ bedarf einer Erläuterung. Im Hintergrund stand weniger das Interesse an elaborierten theoretischen Debatten in Bezug auf den Raumbegriff als solchem. Es ging also nicht primär darum, an den seit den 1990er Jahren boomenden Diskurs über den *spatial turn* in den Gesellschaftswissenschaften anzuknüpfen. Gleichwohl sind einige der Autor_innen dieses Buches, wie etwa *Thomas Bürk*, *Jan Helmig* oder *Anne Vogelpohl*, diesem Diskurs verpflichtet und lassen dies in ihren Beiträgen auch erkennen. So spielt etwa bei Letzterer der Bezug auf den Pionier einer »Raumwende« in den Gesellschaftswissenschaften, Henri Lefèbvre, eine wichtige Rolle.⁴

Das erkenntnisleitende Interesse für das Colloquium und, in der Folge, dieses Buches bildeten vielmehr *konkrete* Erfahrungen in der Auseinandersetzung um die Besetzung von Machtpositionen in gesellschaftlich relevanten Räumen. Soziale Kämpfe spielen sich an konkreten Orten ab, in der Fabrik, in den städtischen Kommunen, auf der Straße, an markanten Punkten (wie z.B. AKW's), die real, symbolisch und diskursiv die Kräfteverhältnisse kapitalistischer, durch die neoliberale Regierungsweise geformte Gesellschaft beeinflussen können.

3 Für dieses Buch wurde der Titel in »Der Kampf um Räume« geändert, da es bereits einen Buchtitel »Umkämpfte Räume« gibt.

4 Vgl. auch ihre Monographie *Urbanes Alltagsleben. Zum Paradox von Differenzierung und Homogenisierung in Stadtquartieren*, Wiesbaden 2012. Zu Bürk vgl. dessen Buch *Gefahrenzonen, Angsträum, Feindesland. Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Münster 2012.

Auch die extreme Rechte hat dies erkannt und versucht sich seit den 1990er Jahren an Gegenmacht-Konzepten, die darauf abzielen, eine Hoheit über städtische oder ländliche Räume zu erringen. Diese fungieren teils als staatsferne Freiräume, die der eigenen ungestörten materiellen und symbolischen Reproduktion dienen, teils als Dominanzräume, als »Orte und Regionen, in denen die öffentliche Repräsentanz und Verankerung der extremen Rechten dafür sorgt, dass ihre soziale Praxis als Normalität legitimiert oder hingenommen wird«⁵ und »Feinde« ausgeschlossen werden können.

Erster Schwerpunkt: Urbane Räume und Gegenräume

Im Fokus des *ersten Teils* des Buches steht also zunächst und vor allem der urbane Raum. Zu den Rahmenbedingungen der sozialen Kämpfe im städtischen Raum zählt eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik. Konzepte wie das der »unternehmerischen Stadt«⁶ bzw. »neoliberalen Stadt« haben enorme soziale Umbrüche produziert und einen gewaltigen Veränderungsdruck hervorgebracht. Man kann mit Andrej Holm⁷ drei Ebenen dieses Trends – weg von einem sozialstaatlich engagierten Stadtpolitikkonzept – unterscheiden:

- die Standortkonkurrenz der Städte untereinander (um Investitionen, steuerzahlende Einwohner, Tourismusströme, Großereignisse),
- die interne Organisation städtischer Verwaltungsarbeit nach betriebswirtschaftlichen Kriterien und
- die Ausrichtung der Stadtregierungen am Leitbild eines profitorientierten Unternehmens.

Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die Kommerzialisierung von Allgemeingut, die massive Aufwertung von städtischen Wohnquartieren mit dem Effekt der Gentrifizierung u.a.m. lassen die städtischen Bevölkerungen immer weiter auseinander driften. Ganze Bevölkerungsgruppen verlieren die sozioethische und politische Orientierung. Hier knüpfen rechte Konzepte und Strategien der »Raumergreifung« an. Insbesondere in prekarierten städtischen Quartieren streben sie mit eigenen Ein-

5 Zu dieser Unterscheidung von Frei- und Dominanzräumen vgl. Christian Grünert/Jan Raabe: Rechte Frei-Räume. Bedeutung, Strategie und Praxis rechter Raumaneignung, in: Lotta 53/2013, 17.

6 Neoliberale Urbanisierung, so David Harvey, »ist ein Kanal, durch den überschüssiges Kapital fließt, um die Städte für die Oberschicht neu zu bauen. Ein machtvoller Prozess, der neu definiert, worum es in Städten geht, wer dort leben darf und wer nicht. Und er definiert die Lebensqualität in Städten nach den Maßgaben des Kapitals, nicht nach denen der Menschen.« (David Harvey: »Man baut unsere Städte für die Oberschicht«, in: Spiegel Online v. 16.05.2013)

7 Andrej Holm: Das Recht auf die Stadt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2011, 92f.

richtungen Dominanz an. So sind z.B. schon seit längerem einige strukturschwache Regionen und Stadtteile im Ruhrgebiet ins Visier militanter Neonazis geraten.

Eine antifaschistische Gegenwehr muss daher die Gesamtheit der sozialen Kämpfe in urbanen Räumen ins Auge fassen.⁸ Entsprechende Initiativen berufen sich auf das »Recht auf die Stadt« (Henry Lefebvre). Sie fordern den »Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens«, aber auch das Recht auf Differenz, auf Anerkennung unterschiedlicher Lebensstile. Die Stadt soll ein Ort kultureller Produktion sein, mit dem Recht für jeden, an deren »schöpferischen Überschüssen« zu partizipieren.⁹

Zu den Beiträgen

Anne Vogelpohl (Hamburg) zeichnet in ihrem grundlegenden Beitrag die seit den 1980er Jahren veränderten Konturen der Stadtentwicklungspolitik nach. Ausgehend von einer Analyse einer für die deutschen Verhältnisse richtungweisenden Rede des ehemaligen Ersten Bürgermeisters der Stadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, stellt sie die damals neue Sichtweise von Stadt als einer »unternehmerischen Stadt« vor. Unter den veränderten Rahmenbedingungen von De-Industrialisierung, Globalisierung und dem Umbruch zur postfordistischen Produktionsweise reflektiere sich in diesem Begriff die Ausrichtung der Stadtpolitik an den Bedürfnissen von Wachstum, Profitmaximierung und städtischer Eliten. Was das im Einzelnen für die Neugestaltung des Stadtregimes bedeutete, wird von Vogelpohl detailliert dargestellt. – Im zweiten Teil ihres Beitrages entwickelt sie den Übergang zu dem, was in der Stadtforschung als »neoliberalisierte Stadt« bezeichnet wird. Die Verschiebung, die sich mit diesem Begriff andeutet, beziehe sich, neben der intensivierten »Ausrichtung der Lokalpolitik auf ökonomische Inwertsetzung und Effizienz«, vor allem auf eine »sozio-kulturelle Komponente«, nämlich der Orientierung der Stadtpolitik an neoliberalen Subjektivitäten, die sich den Appell an Eigenverantwortung, Selbstverwirklichung, unternehmerisches Handeln zu eigen machen – zu eigen machen müssen, weil der städtische Raum nach privatwirtschaftlichen Imperativen umgeformt wird. »Die Effekte der Neoliberalisierung« seien, Vogelpohl, »eine zunehmende Spaltung und starke soziale wie räumliche Polarisierung der Städte.« An drei Beispielen (Hamburg, Halle/Saale und Athen) werden die Mechanismen dieser Transformation verdeutlicht. – Im dritten Teil geht Vogelpohl näher auf die – vorhin erwähnten – Konzepte bzw. Initiativen ein, die unter dem Motto »Recht auf Stadt« stehen. In den letzten Jahren haben sich vielfach politische Netzwerke unter diesem Slogan zusammengeschlossen. Sie trügen,

⁸ Vgl. hierzu Yves Müller/Benjamin Winkler: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts, Hamburg 2012 – und ihren Artikel in diesem Buch.

⁹ Andrej Holm, a.a.O., 90.

so die Autorin, derzeit wesentlich dazu bei, »dass die neoliberale Stadt eine umkämpfte Stadt und damit keineswegs alternativlos« bleibe.

Thomas Bürk (Berlin) untersucht in seinem Beitrag »Von ›national befreiten Zonen‹ und ›No Go Areas‹« die Kehrseite der von Vogelpohl beschriebenen neoliberalisierten Stadtentwicklung. Im Schatten dieser Entwicklung haben vor allem rechtsradikale, rechtspopulistische und rassistische Gruppen einen Kampf um die soziale Kontrolle des urbanen Raumes begonnen. Beispielhaft ist die seit den frühen 1990er Jahren betriebene neonazistische Strategie der *National Befreiten Zonen*, die von den Medien aufgegriffen und »zur Beschreibung neonazistischer Praktiken« herangezogen wurde. Seit Mitte der 2000er Jahre trat dann zunehmend der raummetaphorische Leitbegriff der *No-Go-Area* an die Stelle. Die beiden Topoi spiegeln gleichermaßen den stark auf Ostdeutschland bezogenen Rechtsradikalismuskonflikt und die sich wandelnden Praktiken radikaler Aktivisten. Der Autor wendet sich gegen eine in medialen und wissenschaftlichen Darstellungen verankerte Perspektive auf den sozialen Raum, die sich von Essentialisierungen, Homogenisierungen und Stigmatisierungen leiten lasse. Territorialisierte Zuschreibungen wie *National Befreite Zone* oder *No-Go-Area* missachteten lokale Zusammenhänge mit ihrer relationalen, zeiträumlichen Spezifik und würden so einer angemessenen Situationsbeschreibung nicht gerecht. Ausgehend von dieser Kritik argumentiert der Autor für einen ortsbezogenen, »raumdialektischen« Zugang bezüglich der Problematik rechter Dominanzbestrebungen. Den Untersuchungsgegenstand bilden demnach die Akteure und ihr alltägliches Handeln, weil diese die lokalen sozialräumlichen Bedingungen etablieren. Diese Herangehensweise ermögliche ein besseres Verständnis von fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Praxen.

Lucas Pohl (Frankfurt) verfolgt in seinem Beitrag »Verräumlichung von Stigmatisierungsdiskursen« einen ähnlichen Ansatz wie Thomas Bürk. Er beleuchtet in seinem Beitrag, wie die städtische Öffentlichkeit Zwickaus politisch und medial das Thema Rechtsextremismus bzw. NSU verhandelte, nachdem die Stadt im November 2011 nicht nur mit der Existenz der »Zwickauer Terrorzelle«, sondern auch mit der stigmatisierenden Wirkung des weltweit rezipierten Schlagworts konfrontiert wurde. Der Versuch, an der neoliberal konzipierten ›Verwertung‹ der Stadt unter allen Umständen festzuhalten, präformierte die städtischen Wahrnehmungsmuster und betrieb die Verdrängung der lokalen und regionalen Etablierung rechtsextremer Organisationen: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird auf den Faktor des Imageverlusts beschränkt.

Alexandra Graevskaja (Duisburg) greift in einem sehr aktuellen Beitrag das Problem der Zuwanderung aus Südosteuropa auf. Seit der EU-Erweiterung 2007 steigt die

Anzahl der nach Duisburg (und in andere Städte) zuwandernden bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen. Auch dadurch entstehen umkämpfte Räume, die zu günstigen Auftreffbedingungen für extrem rechte Propaganda führen können. Die Analyse konzentriert sich auf die wachsende Anzahl negativer Presseberichte, in denen diese Menschen als Roma ethnisiert und homogenisiert werden. Rassismus und Antiziganismus spielen jedoch auch bei den Alteingesessenen eine Rolle, aus deren Sicht die Zugewanderten einer Stadtteilaufwertung im Wege stehen und für eine Verschlechterung der Wohnumfeldqualität verantwortlich sind. Im Spiegel einer Medienanalyse betrachtet Graevskaia neben eskalierenden Tendenzen auch städtische Handlungskonzepte und deeskalierende Strategien sowie die Reaktion der extremen Rechten.

Yves Müller und *Benjamin Winkler* (Berlin/Dresden) analysieren in ihrem Beitrag an konkreten Beispielen »neonazistische Raumergreifungsstrategien« vor Ort. Sie konzentrieren sich auf Berlin-Schöneweide und drei Stadtteile in Leipzig (Reudnitz, Stötteritz und Lindenau), die sie unter einer sozialgeschichtlichen und sozialräumlichen Perspektive untersuchen, um die Auftreffbedingungen neonazistischer Aktivitäten zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund werden die Versuche der Neonazis, die Raumhoheit in den genannten Stadtteilen zu erlangen, detailliert beschrieben, wobei auch deren Bezug auf das historische Vorbild der SA herausgearbeitet wird. Die Analyse zielt darauf ab, die Chancen und Möglichkeiten einer antifaschistischen Gegenwehr genauer zu umreißen. Die Autoren lassen sich dabei von folgenden Problemstellungen leiten: »Welche Akteure und lokale Netzwerke sind Bestandteil einer Stadtteilgesellschaft und müssen eingebunden werden? Welche Akteure können aber auch Teil des Problems werden? Wie können nachhaltige und unabhängige Strukturen der Demokratie- und Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene geschaffen werden? Wie kann Bündnisarbeit funktionieren, die nicht allein auf die Neonazis fokussiert ist, sondern Alltagsrassismus genauso problematisieren möchte und die Etablierung einer alternativen (Jugend-)Kultur anstrebt?«

Leroy Böthel (Bielefeld) analysiert in seinem Beitrag »Die ›Unsterblichen‹ – Neue Strategien der Raumergreifung und medialen Inszenierung in der extremen Rechten« das Phänomen der »Werde unsterblich Kampagne«. Einen Schwerpunkt der Untersuchung nehmen dabei das neue Aktionskonzept und dessen Verhältnis zu etablierten Demonstrationsstrategien des rechten Spektrums ein. In einem ersten Schritt geht der Autor auf die Aktionsform ein, die sich von spontanen, nächtlichen Aufmärschen kennzeichnen lasse, deren gesellschaftliche Außenwirkung jedoch erst durch die anschließende mediale Aufbereitung erfolge. Im Weiteren verortet Böthel diesen neuen Aktionstypus innerhalb der Demonstrationspolitik des rechten Spektrums und stellt heraus, dass mit dem Phänomen der »Unsterblichen«

eine Ablehnung gegenüber herkömmlichen Großaufmärschen verbunden sei. Diese Negierung konkretisiere sich in der limitierten Außenwirkung der herkömmlichen Großdemonstrationen, die einen nicht mehr ausreichend großen gesellschaftlichen Einfluss erreichten. Hingegen verstehe sich die »Werde unsterblich Kampagne« mit ihrer Besonderheit der medialen Inszenierung als Möglichkeit, diesen gesellschaftlichen Einfluss wieder zu erlangen.

Zweiter Schwerpunkt: »Europa« als hegemoniales Raumkonzept

Soziale Kämpfe haben häufig eine internationale Dimension. Das wird in jüngster Zeit besonders deutlich an den sozialen Protestbewegungen in Griechenland, Spanien oder Portugal. Sie richten sich gegen das Krisenmanagement in der europäischen Krise, weil es zu sozialen Verwerfungen, Massenarbeitslosigkeit und Rezession führe. In diesem Zusammenhang steht die vor allem von Deutschland forcierte neoliberale Austeritätspolitik in der Kritik. Viele halten sie für kurzsichtig, da sie zwar die aktuelle Krise abmildere, dies aber auf Kosten künftiger Schwierigkeiten. Das grundlegende Problem der Ungleichmäßigkeit und Gegensätzlichkeit ökonomischer Entwicklungsverläufe in der EU, nicht zuletzt verursacht durch die deutsche Politik, den Exportsektor zu stärken und die Lohnkosten niedrig zu halten, werde dadurch nicht gelöst. Die deutsche Wirtschaft und Politik wollen von der EU profitieren, ohne den notwendigen Schritt hin zu einer Transferunion und zu einer gemeinschaftlich koordinierten Ökonomie zu machen.

Die Austeritätspolitik wird von vielen als Diktat, als Ausdruck der »puissance allemande« (Le Monde v. 13.02.12) betrachtet, womit Deutschland eine ähnliche Rolle wie Preußen bei der deutschen Reichseinigung im 19. Jahrhundert zu spielen beginne. Dieser Bezug auf das 19. Jahrhundert wird von Jürgen Habermas variiert. In seiner vielbeachteten Rede in der belgischen Universitätsstadt Leuven (26.04.2013) bemühte er einen ähnlichen Vergleich, diesmal bezogen auf die Rolle Preußen-Deutschlands in Europa nach 1871. Während aber Preußen bei der Reichseinigung eine eindeutig hegemoniale Stellung innehatte, sieht Habermas nach 1871 einen »fatalen halbhegemonialen Status« – nach den Worten Ludwig Dehios »zu schwach, um den Kontinent zu dominieren, aber zu stark, um sich einzuordnen«. Die Wiederkehr dieses Dilemmas verführe dazu, dass die Deutschland »aufgrund demografischer und ökonomischer Stärke« zufallende Führungsrolle einseitig im Sinne eines nationalen Kurses interpretiert werde. Es gehe aber, so Habermas, nicht um ein »deutsches Europa«, sondern um ein »Deutschland in Europa«. ¹⁰ Inwieweit Habermas' Vision eines »supranationale[n],

¹⁰ Zitate nach: Cerstin Gammelin: Merkel, Kohl und Europa, in: Süddeutsche Zeitung v. 29.04.2013; <http://www.sueddeutsche.de/kultur/deutsche-hegemonie-merkel-kohl-und-europa-1.1661456> (Abruf: 24.09.2013). Vgl. auch die Zusammenstellung kritischer Stimmen bei Gunter Hofmann: Deutsches Europa. Vom »europäischen Deutschland« zur

aber überstaatliche[n] demokratische[n] Gemeinwesen[s]«¹¹ unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in der EU tragfähig ist, ist zweifelhaft, und zudem sagt sie noch zu wenig aus über die politische, ökonomische und militärische Ausrichtung eines solchen Gebildes (kritisch dazu Thomas Wagner in diesem Buch).

Die extreme Rechte jedenfalls sieht sich durch die Eurokrise bestätigt, da sie schon immer den Ausbau und die Vertiefung der EU abgelehnt hat. Sie fordert unisono, von den Jungkonservativen über die Alternative für Deutschland bis hin zur NPD, die Rückkehr zum klassischen Nationalstaat. Sie benutzt die Widersprüche und Bruchstellen, die den Prozess der Transnationalisierung notwendig begleiten, dazu, eine Renationalisierung der Politik und Wirtschaft zu propagieren. Allerdings nur als Ausgangspunkt für Modelle von Europa, die an hegemoniale und expansionistische Diskurse der deutschen Vergangenheit anknüpfen.

Der zweite Schwerpunkt »Europa« als hegemoniales Raumkonzept« beschäftigt sich also mit einer globaleren geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt. Die Parolen »Europa spricht Deutsch« (Volker Kauder) oder »Mehr Deutschland in Europa« (Gerda Hasselfeldt) evozieren geradezu die Frage nach historischen Diskursen deutscher Hegemonial- und Expansionspolitik in Europa (Mitteleuropa, Großraum) und ihrer Reaktualisierung: sicherlich nicht bruchlos, sondern in modifizierter Form im Rahmen der neoliberalen Austeritätspolitik. Diese ist, so Wolfgang Fritz Haug, einer »Großraumordnung der Konkurrenz« verpflichtet, in der – bildhaft ausgedrückt – »deutsches Kapital der europäisch größte Fisch ist«;¹² zum anderen in Form einer offenen *Wiederanknüpfung* in den extrem rechten und rechtspopulistischen Diskursen.

Zu den Beiträgen

Steffen Lehdorff (Köln) untersucht in seinem Beitrag ausführlich das wesentlich von Seiten der deutschen Regierung betriebene Austeritätsregime in der EU und das dahinter stehende »Geschäftsmodell des deutschen Kapitalismus« samt seinen Folgeproblemen. Lehdorff fasst seinen Gedankengang wie folgt zusammen:

»Das mit der >new economic governance< verfolgte Austeritätsregime in der EU wird als eine Wiederbelebung und Verstärkung des neoliberalen Programms unter

neuen Unsicherheit – eine Zeitdiagnose (09.12.2011); <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/regionen/europa/deutsches-europa>.

11 Jürgen Habermas: Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013, 59-70; Habermas setzt sich in diesem Aufsatz kritisch mit Wolfgang Streeck auseinander (vgl. ders.: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt/Main 2013).

12 Wolfgang Fritz Haug: Treibt die Eurokrise zur Entscheidung? In: Neues Deutschland v. 30. Juni 2012.

neuen Vorzeichen charakterisiert, das zwar kurzfristig deutschen Kapitalinteressen nutzen mag, dessen negative wirtschaftliche Konsequenzen jedoch mittelfristig auch auf Deutschland zurückschlagen werden. Die maßgebliche Rolle Deutschlands in der Durchsetzung dieser Strategie wird vor dem Hintergrund des Wandel des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells seit den 1990er Jahren analysiert, dessen Kern darin besteht, dass die klassische Verbindung von industrieller Dynamik und vergleichsweise starkem sozialen Ausgleich aufgebrochen wurde. Die auf rasch zunehmender Einkommensungleichheit beruhende Schwäche des deutschen Binnenmarkts ist zu einer Belastung der gesamten Eurozone geworden, deren Schwierigkeiten durch ein Nachahmen der deutschen »Arbeitsmarktreformen« durch andere Länder nur noch größer werden können. Ein Umsteuern auf nachhaltigere Entwicklungspfade würde tiefgreifende Reformen sowohl auf der Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene erfordern, wobei letzteres nicht nur die Länder der Euro-Peripherie umfassen müsste, sondern ebenso Deutschland als die größte europäische Volkswirtschaft.«

Fabian Virchow (Düsseldorf) wendet sich in seinem Beitrag dem geopolitischen Denken der extremen Rechten im Kontext der Euro-Krise zu. Ihr Verständnis von Geopolitik steht in der Tradition eines Friedrich Ratzel oder Rudolf Kjellén, die bereits vor dem oder im Ersten Weltkrieg ein raumdeterministisches Konzept entwickelten, wonach die geographischen, natürlichen – und das heißt auch: völkischen – Gegebenheiten bestimmend seien für die Entwicklung von Kultur, Gesellschaft und Politik und damit auch Grundlage für die Notwendigkeit »expansionistische[n] und militärische[n] Handeln[s]. Virchow verfolgt die Rezeption *dieser* geopolitischen Traditionslinie in der extremen Rechten seit den 1970er Jahren (Heinrich Jordis v. Lohausen, Felix Buck) und skizziert in diesem Zusammenhang verschiedene Modelle einer europäischen Neuordnung auf völkisch-nationalistischer Basis, wie sie von der extremen Rechten im Laufe der Zeit entwickelt wurden (z.B. »Europa der Vaterländer«, »Europäische Eidgenossenschaft«, »Totaleuropa«, »Reich«). Diese Modelle bilden den Hintergrund, vor dem die Krise der EU und des Euro interpretiert und deren Scheitern diagnostiziert wird. Virchow zeigt auf, wie Semantiken des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus die Deutungen der Rechten durchgehend prägen. Im abschließenden Teil werden Konzepte diskutiert, wie nach einer Renationalisierung von Politik und Wirtschaft zukünftig die hegemonialen Strukturen in einem »Großraum« Europa beschaffen sein sollten, wobei im Allgemeinen die dominante und Europa organisierende Rolle Deutschlands hervorgehoben wird. Die Anleihen bei Carl Schmitts Ordnungsdenken sind unübersehbar, insbesondere auch mit Blick auf die Stoßrichtung gegen die USA als »raumfremder Macht«.

Jan Helmig (Berlin) vertieft in einem theoriegeschichtlichen und theorievergleichenden Beitrag die bei Virchow angesprochene, von Ratzel, Kjellén und Karl Haushofer ausgehende Linie der Geopolitik. Ergänzend wirft er auch einen Blick

auf die frühere britische Diskussion (Halford Mackinder). Helmig arbeitet die »eurozentristische und imperialistische Perspektive« dieser »klassischen« Geopolitik heraus, an die auch der Nationalsozialismus mit seiner Lebensraum-Ideologie anknüpfen konnte. Hauptanliegen Helmigs ist jedoch, das alternative geopolitische Konzept der Kritischen Geopolitik, wie es sich seit den 1970er Jahren herauskristallisiert hat, vorzustellen. Inspiriert durch den linguistic turn auch in den Geowissenschaften, werde Raum »nicht mehr länger als objektive und quasi-natürliche und für gesellschaftliche Gegebenheiten ausschlaggebende ›Sache‹ verstanden, sondern [...] als sozial über Sprache konstruiertes Produkt aufgefasst«. Helmig untersucht Zielsetzung, Arbeitsweise und Themenfelder/Forschungsgebiete der Kritischen Geopolitik und formuliert abschließend einige, aus seiner Sicht kritische Einwände. In einem Ausblick macht er deutlich – und damit auf Virchows Beitrag verweisend –, wie zentral der Rückgriff auf traditionelle Raumsemantiken in völkisch aufgeladenen Diskursen ist.

Thomas Wagner (Berlin) setzt sich in seinem Beitrag mit der wachsenden Kritik von Teilen der Deutungseliten an der Funktionsfähigkeit von (repräsentativer) Demokratie auseinander, ein Trend, der europaweit zu beobachten ist. Die Litanei der Kritik (mangelnde Effizienz des Parlaments, Funktionslosigkeit der Opposition etc.) ist hinlänglich bekannt. Wagner entwickelt sie im ersten Teil seines Beitrages am Beispiel eines der Großintellektuellen der Republik, Herfried Münkler. Während aber viele einen Ausweg in neuen Formen der Bürgerbeteiligung sehen, die Wagner mit sehr viel Skepsis (»Katalysator der Ungleichheit«) betrachtet, zeichne sich Münklers Sichtweise dadurch aus, dass er mit Verweis auf die Zwänge der globalen Ökonomie den Prozess der Entleerung von Demokratie als »alternativlos« darstelle.

Im zweiten Teil des Artikels zeigt Wagner auf, wie sich dieses defizitäre Demokratieverständnis niederschlägt in Europa-Konzeptionen, die eine Weiterentwicklung der EU zu einer politischen Union anstreben. Beispielhaft geht Wagner auf einige linksliberale Konzepte (Ulrich Beck, Daniel Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt) näher ein, die eine politische Union aus ökonomischen und militärischen Erwägungen als zukünftige imperiale Ordnungsmacht sehen und damit – so Wagner – eine gewisse Nähe zu den »Großeuropaträumen« der radikalen Rechten erkennen ließen, auch wenn ein Cohn-Bendit beispielsweise seine Überlegungen antinationalistisch drapiere. In verfassungspolitischer Hinsicht sieht Wagner nicht nur bei den erwähnten Linksliberalen, sondern auch in anderen politischen Lagern die Präferenz für ein plebiszitär legitimes Präsidialsystem, das man mit Domenico Losurdo als soft-bonapartistisch bezeichnen könne.